

Thomas Jäger

Das Ende des amerikanischen Zeitalters

Inhalt

Einleitung	7
1. Die Fragmentierung des Westens	14
Gemeinsame Sicherheit?	17
Freihandel versus Protektionismus	28
Klimapolitik	34
Einwanderungspolitik	38
Auflösung des Multilateralismus	40
Der Westen – zerrissen und führungslos	45
2. Zentripetale Prozesse	48
Brexit	50
Wirtschaftliche Ungleichheit, polarisierende Medien und Kulturkampf in den USA	53
Italien: Linke und rechte Populisten vereint ...	68
Die Herausforderung des Populismus	70
3. Herausforderungen durch	
Russland und China	71
Russland	72
China	85
Herausforderungen durch China	108
4. Europäische Union	110
Konfliktlinien in der EU	110
Ohne Führung	119
Ohne Fähigkeiten, ohne Strategie	125
Welche Ordnung für die Zukunft?	127
Die Herausforderung von Präsident Macron ..	136

5. Die politische Führung in der EU	141
Die geostrategischen Interessen der USA an Europa	142
Führung	153
Strategien für Europa	176
6. Ein neues transatlantisches Verhältnis	178
Im Windschatten der internationalen Ordnung	181
Der Druck aus Mehrheitsentscheidungen ...	184
Dominanz und Führung	186
Das Ende des amerikanischen Zeitalters	189

Einleitung

Mit der Präsidentschaft von Theodor Roosevelt 1901–1909 begann das amerikanische Zeitalter. Zuerst verdrängten die USA alle anderen Einflussmächte aus ihrer Hemisphäre und sicherten sich dort eine unangefochtene Stellung. Später griffen sie weltweit entscheidend in Kriege ein und formten die liberale internationale Ordnung. Die Herausforderung durch die Sowjetunion wurde erfolgreich abgewehrt und nach deren Zusammenbruch waren die USA nicht nur eine Weltmacht, sondern die beherrschende, die herausstechende Macht. Die USA waren der Staat, an dem sich alle orientierten. Niemand konnte sie in ihren Handlungen einschränken. Doch die hoffnungsvollen Gesänge vom Ende der Geschichte verstummten nach wenigen Jahren.

Mit der Reaktion auf die Anschläge vom 11. September 2001 begingen die USA einen fatalen Fehler, weil offenkundig wurde, dass sie nicht in der Lage sind, eine militärisch entschiedene Lage politisch zu ordnen. Der Irakkrieg endete im politischen Desaster. Die Finanzkrise 2007 und die Insolvenz der Lehman Brothers Holding Inc. im Jahre 2008 erwiesen, dass die USA zwar die führende Wirtschaftsmacht sind, weil sie alle ansteckten, aber allein aus eigener Kraft die Stabilisie-

rung der internationalen Weltwirtschaftsordnung nicht leisten können. China versuchte alsbald, Alternativen auszuloten. Angesichts dieser Entwicklungen hoben die Gesänge vom Abstieg des Westens an.

Ob die bisherige Prägung der internationalen Ordnung durch die USA und den Westen zukünftig durch China und den Osten abgelöst wird, ist noch nicht entschieden. Es ist möglich, dass es so kommt, wenn die USA und die EU ihre Fehler fortsetzen. Aber gemeinsam können sie die internationale Ordnung weiterhin formen. Genau diese Herausforderung steht nun an.

Die USA stecken dabei in einer vertrackten Lage, die sich auch in inneren Auseinandersetzungen über ihre angemessenen Rollen in der internationalen Ordnung spiegelt. Denn sie verfügen zwar über das schlagkräftigste Militär, können es aber nicht effektiv einsetzen, um eine ihren Interessen gemäße Ordnung herzustellen. Sie verfügen über die Reservewährung Dollar, sehen sich aber gleichstarken Handelsmächten gegenüber. Sie verfügen über die meisten Verbündeten, sehen aber, wie sich einige langsam neu orientieren. Das Ende des amerikanischen Zeitalters bedeutet sicher nicht das Ende der USA als Weltmacht, aber das Ende der USA als zentrale, die internationale Ordnung allein prägende Macht.

Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts blickte die amerikanische Politik verstärkt nach innen. Seither versprachen alle Präsidenten, solange sie noch Präsidentschaftskandidaten waren, sich um Amerika zuerst zu kümmern: Investitionen in Infrastruktur und Bildung, ein effektives Gesundheitssystem, sichere Arbeitsplätze

und höhere Löhne. Das setzten die Präsidenten Clinton, Bush, Obama und Trump auf sehr unterschiedliche Weise und mit diametral verschiedenen politischen Zielen um. Gemeinsam war ihnen jedoch, dass sie Europa dabei nach und nach aus dem Blick verloren und die engsten Verbündeten der letzten Jahrzehnte mit einer Entscheidung nach der anderen vor den Kopf stießen.

Die Regierungen der EU-Staaten nahmen diese Entwicklung nicht zum Anlass, sich darüber Gedanken zu machen, wie sie sich in einer anders geordneten Welt Gehör verschaffen könnten, wie sie ihre Interessen durchsetzen und Sicherheit und Wohlstand aus eigener Kraft gewährleisten können. Sie zuckelten im Integrationsprozess gemächlich weiter und erlitten dabei herbe Rückschläge. Eine europäische Verfassung scheiterte an Referenden. Großbritannien entschied als erstes EU-Land, die Staatengemeinschaft verlassen zu wollen, und bei den Grundlagen ihres Zusammenlebens sind die EU-Staaten uneiniger als je zuvor. Was im Windschatten des Höhepunktes des amerikanischen Zeitalters möglich gewesen wäre, nämlich die EU zu einem wirkungsmächtigen globalen Akteur auszubauen, ist in den rauen Winden der derzeitigen turbulenten Lage kaum mehr machbar.

Das hatte auch deshalb gravierende Auswirkungen auf die europäische Stellung in der Welt, weil zwei andere Staaten im Konzert der Mächte ihre Stimme mit jedem Jahr lauter erklingen ließen. Russland überwand die Turbulenzen der 1990er-Jelzin-Jahre und verfolgt seither mit Nachdruck das Ziel, seinen internationalen

Einfluss zu erhöhen, die Nachbarländer zu dominieren und den Westen zu schwächen. China gelang der Aufstieg zur wirtschaftlichen Weltmacht, auch militärisch ist die Volksrepublik inzwischen regional sichtbar stark. China greift im Pazifik territorial aus und verfolgt offen das Ziel, die USA als stärkste Macht der Welt abzulösen.

In dieser schwierigen Lage entschied die amerikanische Wählerschaft, Donald Trump zu ihrem Präsidenten zu wählen. Das war für die EU-Staaten eine ungute Entscheidung, denn wie es nach seinem Wahlkampf zu erwarten war, zeigt er sich als ebenso ungehemmter und brutaler Interessenvertreter der USA, jedenfalls in dem Sinne, wie er deren Interessenlage sieht. Das stellt die EU-Staaten seither vor ganz besondere Herausforderungen. Denn sie müssen einerseits versuchen, die Angriffe Trumps auf den Zusammenhalt des Westens abzuwehren, andererseits aber danach trachten, das Verhältnis zu den USA nicht scheitern zu lassen. Denn die EU-Staaten sind auf die USA angewiesen. Die USA auf die EU zwar auch, aber in deutlich geringerem Umfang. Beide Seiten tun aber gerade so, als sei es anders. An dieser Fehleinschätzung könnte der Westen wirklich zerbrechen.

Doch noch ist es nicht so weit. Trump verkörpert nicht die USA. Die EU muss nicht auf Dauer uneins und handlungsunfähig bleiben. Um beide Entwicklungen zu synchronisieren – die Handlungsfähigkeit der EU herzustellen und dies mit besonderen Beziehungen zu den USA zu koordinieren – kommt der deutschen Außenpolitik eine besondere Aufgabe zu. Sie muss – wo

möglich in enger Abstimmung mit Frankreich, Italien und Polen – die Führung bei der Neuaufstellung der Integrationsgemeinschaft übernehmen. Darauf ist Deutschland zwar schlecht vorbereitet. Aber es hilft nichts; manchmal heißt es auch in der Politik: Wer etwas wirklich will, der kann es auch. Vor allem müsste es enorme Kräfte freisetzen, wenn sich die Verantwortlichen einmal vor Augen führen, welche Alternativen bestehen und was sie bedeuten.

Das amerikanische Zeitalter geht zu Ende. Die USA sind zwar die militärisch stärkste Macht der Welt, aber sie sind nicht mehr in der Lage, China einzudämmen, das im südchinesischen Meer Insel für Insel und Riff für Riff zu Militärbasen ausbaut. Die USA sind noch die stärkste Wirtschaft und verfügen über die einzige Weltreservewährung. Aber beides wird nicht so bleiben, womit das Land eines seiner effektivsten Machtinstrumente verlieren wird. Die USA haben ihre Augen und Ohren überall und kontrollieren den weltweiten Informationsfluss. Aber sie sind nicht in der Lage, Cyberangriffe abzuwehren und ein »freies« Internet zu garantieren. Die USA werden als Weltmacht sicherlich nicht absteigen, aber ihr Gestaltungsanspruch, den sie über Jahrzehnte durchsetzen konnten, neigt sich dem Ende entgegen, weil er auf effektiven Widerstand trifft.

Ob dies auch das Ende des westlichen Einflusses auf die internationale Ordnung bedeutet, hängt davon ab, ob die USA und die EU ein neues, gestaltendes Verhältnis zueinander finden. Dazu müssten die USA ihre innere Spaltung überwinden, mehr Gleichheit zwischen

den Schichten herstellen, den Kulturkrieg beenden und wieder kompromissfähig werden. Die EU muss einiger, handlungsfähiger und strategischer aufgestellt sein. Sie muss noch lernen, dass der Anspruch auf internationale Ordnungsgestaltung Kosten mit sich bringt. Gelingt es beiden Seiten, die Bedingungen für ein neues, produktives transatlantisches Verhältnis herzustellen, dann können sie erneut eine freiheitliche Alternative zum digitalen Totalitarismus sein, wie er aus China droht, und zur autoritären illiberalen Ordnung, die Russland vertritt. Gelingt dies hingegen nicht, dann wird die internationale Ordnung zunehmend von den Normen und Werten der autoritären Staaten bestimmt. Ob mit dem Ende des amerikanischen Zeitalters ein chinesisches beginnt oder ob sich ein vereinter Westen behaupten kann, entscheidet in den nächsten Jahren und Jahrzehnten darüber, ob selbstbestimmte und demokratische Gesellschaften weiterhin nach ihren liberalen Werten leben können.

Dieser Essay versucht, die internationale Lage so unvoreingenommen wie möglich darzustellen. Aber er hat einen Standpunkt. Und der lautet: Die demokratischen Lebensweisen in Europa werden nur in einem Bündnis aus USA und EU fortbestehen können. Deshalb sollte die Außenpolitik auf die Festigung dieses Bündnisses gerichtet sein. Dass die USA den europäischen Regierungen dabei das Leben schwer machen, muss man hinnehmen. Denn die amerikanische Administration akzeptiert die Prämisse dieses Essays nicht. Sie geht davon aus, Amerika wieder groß, stark, wohlhabend und

sicher machen zu können – wie der Slogan von Trumps erstem Wahlkampf versprach – und das amerikanische Zeitalter fortzusetzen. Das ist aus der Geschichte der letzten 110 Jahre verständlich. Eine Gesellschaft, die nur Aufstieg kannte, mag den Abstieg, und sei er auch nur relativ klein, nicht hinnehmen. Aber die Einsicht in das Ende des amerikanischen Zeitalters wird wachsen, je häufiger auch die USA Einflusszonen anderer Staaten anerkennen müssen und mit der Durchsetzung ihrer Ordnungsvorstellungen an Grenzen stoßen. Die europäischen Regierungen sollten diese Geduld aufbringen. Es geht schließlich um nicht weniger als die Bewahrung der »Freiheit der Eigenentwicklung« (Richard Löwenthal) in der neuen Weltordnung.